

GPK fordert, dass Regierung Fehler zugibt

Velohochbahn-Affäre Die GPK des Landrats bezeichnet die Vorgänge rund um die nicht realisierte Hochbahn am Esaf als Fehlschlag.

Thomas Dähler

Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) des Landrats und Regierungsrat Isaac Reber sind keine Freunde. **Daran ändern auch der Wechsel Rebers von der Sicherheitsdirektion in die Bau- und Umweltschutzdirektion und der Wechsel des GPK-Präsidiums von Hanspeter Weibel (SVP) zu Florian Spiegel (SVP) nichts.**

Reber wurde schon in der Vergangenheit mehrmals von der GPK kritisiert. An der gestrigen Landratssitzung hat Spiegel die Regierung – den zuständigen Bau- und Umweltschutzdirektor Reber – aufgefordert, sich «kritischer» mit dem Fehlschlag rund um die nicht realisierte Velohochbahn am Eidgenössischen Schwing- und Älplerfest (Esaf) auseinanderzusetzen.

Landrat
Berichterstattung aus dem Baselbieter Parlament

Die Velohochbahn-Pläne für das Esaf in Pratteln standen schon kurz nach deren Lancierung unter dem Verdacht der Vetternwirtschaft, lag doch das Patent beim Unternehmen Urb-X der früheren Grünen-Landräte Klaus Kirchmayr und Balint Csonotos. Grünen-Regierungsrat Reber, in dessen Bau- und Umweltschutzdirektion (BUD) die Verantwortung für das Projekt lag, beerdigte das Projekt in der Folge wegen der «personellen Konstellation».

Die GPK kam schliesslich in ihrem Bericht zum Schluss, dass die BUD den demokratiepolitischen Entscheidungsprozess unprofessionell gestaltet hatte, und verabschiedete eine Reihe von Empfehlungen.

Und plötzlich tauchen die Akten doch auf

Die GPK zeigte sich gestern unzufrieden mit den Antworten der Regierung auf diese Empfehlungen. «Die Stellungnahme der Regierung ist ernüchternd», sagte Spiegel. Der GPK-Präsident wehrte sich gegen die gegenseitige Schuldzuweisung bei der Akteneinsicht. Er kritisierte, dass Akten, von denen es zuerst hiess, sie existierten nicht, dann nach

nochmaligem Nachfragen plötzlich doch auftauchten. Er monierte auch, dass Grundlagendokumente sorgfältig erstellt und vollständig zur Verfügung gestellt werden müssten.

Weiter bedauerte die GPK, dass die Regierung die Empfehlung zur vorzeitigen Risikoanalyse nur technisch interpretiere. Der Kommission gehe es darum, dass es auch für den politischen Prozess eine Analyse gebraucht hätte und in Zukunft brauche. Bei Pilotprojekten sei dies für den Erfolg ebenso nötig. Zum nicht ausgesprochenen Vorwurf der Vetternwirtschaft stellt die GPK im neusten Bericht fest, dass dies Regierung und Parlamentskommission verschieden beurteilten.

Die GPK habe keineswegs festgestellt, dass, wie die Regierung meine, die Parteizugehörigkeiten keine Rolle gespielt habe. Zwar habe man keine entsprechenden Hinweise gefunden. Doch ausgeschlossen werden könne nicht, dass die Parteizugehörigkeit das Problem gewesen sei. Präzisierend hielt die GPK fest, dass es mitnichten das Ziel sei, Vergaben an Parteimitglieder zu untersagen.

Zentrale Frage bleibt unbeantwortet

Doch handelte es sich nun bei der Velohochbahn fürs Esaf um Vetternwirtschaft? Genaues dazu war auch gestern im Landratssaal nicht zu hören. Ausser dem GPK-Präsidenten wollte sich niemand nochmals äussern. Der Landrat nahm den Bericht lediglich einstimmig zur Kenntnis. Offensichtlich war der Landrat froh, die Affäre um die Velohochbahn endgültig ad acta zu legen.

Was bleibt, ist das Fazit der GPK. Die Oberaufsichtskommission habe Empfehlungen zu formulieren versucht, die verhindern sollten, dass es künftig wieder dazu komme, dass interessante Projekte unnötig scheiterten. Die Regierung ist im Falle der Velohochbahn nicht der Ansicht, Fehler gemacht zu haben. Doch mit Blick auf die Zukunft meinte GPK-Präsident Spiegel: «Leider gibt der Regierungsrat ausser bei der Kommunikation keine Fehler zu, doch er sollte dringend kritischer mit solchen Fällen umgehen.»

Auch Aesch und Binningen schalten die Beleuchtung ab Strassenlampen

Bereits mehrere Baselbieter Gemeinden verzichten in der Nacht auf Licht. Nun setzen zwei weitere diese Stromsparmassnahme um.

Oberwil, Pfeffingen, Lupsingen, Liesberg, Biel-Benken und Bennwil schalten ihre Strassenlampen in der Nacht bereits teilweise aus. Nun werden auch Aesch und Binningen diese Massnahme umsetzen: Die Beleuchtung der gemeindeeigenen Strassen soll von 0.30 bis 5 Uhr in der Früh nicht mehr brennen. Die Kantonsstrassen, inklusive jener Gemeindestrassen, die technisch an Ersterre angehängt sind, sind davon nicht betroffen.

Binningen würde auf diese Weise circa 130'000 Kilowattstunden

pro Jahr sparen. Dimmen sei keine Option gewesen, da dafür eine technische Umrüstung nötig sei, so die zuständige Gemeinderätin Caroline Rietschi. «Das Ziel ist, dort einzusparen, wo wir ohne grossen Komfortverlust einen Beitrag zur Verhinderung einer Mangellage leisten können», sagt Rietschi. Ein Sicherheitsproblem sieht die Gemeinde dabei nicht. «Wichtig ist, dass die Leute informiert sind. Es handelt sich aber um einen Zeitabschnitt, während dem eher nicht die grossen Massen unterwegs sind.» Zudem

würden die anderen Gemeinden, die solche Massnahmen bereits umgesetzt haben, keine negativen Rückmeldungen oder Erfahrungen der Bevölkerung vermelden.

Pioniergemeinde Oberwil

Auch Aesch beruft sich auf die bisher guten Erfahrungen anderer Gemeinden mit Nachtabschaltungen. Demnach hat die Anzahl der Verkehrsunfälle und Einbrüche nicht zugenommen, wie die Gemeinde in einer Medienmitteilung schreibt. Ausserdem

werden mit den Abschaltungen von Dezember bis März fast 30'000 Kilowattstunden eingespart. Das entspricht dem Verbrauch von rund 17 Vier-Personen-Einfamilienhaushalten.

Eine Gemeinde, die mit den Nachtabschaltungen bereits Erfahrung hat, ist Oberwil. Seit mehreren Jahren schraubt sie die Beleuchtung herunter, ursprünglich aus finanziellen Gründen. Genauso auch in Zeiten der drohenden Energiemangellage.

Lea Buser

ANZEIGE


HERMÈS
PARIS



Sur le toit d'Hermès pousse un sapin



Ein Fall von Vetternwirtschaft? Grünen-Regierungsrat Isaac Reber wehrt sich gegen die Vorwürfe. Foto: Lucia Hunziker